

Anrede

Nach sehr ausführlicher Diskussion und gewissenhafter Prüfung hat meine Fraktion mehrheitlich entschieden, der Verwaltungsvorlage über die Beteiligung von DSW21 und DEW21 am kommunalen Konsortium zur Übernahme der STEAG zuzustimmen. Ich möchte unsere Gründe hierfür kurz erläutern.

Bekanntlich setzen wir uns dafür ein, die Versorgung Dortmunds mit Energie – und übrigens auch mit Wasser – so bald wie möglich wieder vollständig in kommunale Hände zu nehmen. Damit wollen wir die Bedingungen verbessern, um die lokale Energiewirtschaft ökologisch nachhaltig, sozialer und nicht zuletzt demokratischer und bürgernäher zu gestalten, als dies unter dem Einfluß eines der vier marktbeherrschenden Großkonzernen heute der Fall ist.

Das auch in Cancun wieder beschworene Ziel, eine globale Klimakatastrophe abzuwenden, kann nur erreicht werden, wenn die Menschen in Stadt und Land sich aktiv dafür einsetzen. Ob das inzwischen allgemein anerkannte und in Cancun bekräftigte Ziel, die Erwärmung der Atmosphäre auf zwei Grad zu begrenzen, erreicht wird, entscheidet sich in den nächsten Jahren. Es kann nur erreicht werden, wenn wir jetzt die Weichen stellen:

- für die Umstellung der Energieerzeugung auf erneuerbare Energien,
- für deutliche Senkung des Energieverbrauchs auch der privaten Haushalte,
- für effizientere Energienutzung.

Die Weichen dafür müssen „vor Ort“ gestellt werden: bei den lokalen Energieversorgern und den Energieverbrauchern in den Kommunen. Von ihnen hängt ab, ob der Wandel unserer Alltagskultur in Richtung Nachhaltigkeit und Klimaverträglichkeit gelingt.

Das erfordert die Erweiterung der Entscheidungsmacht der Verbraucher und deren politischen Vertretungen vor Ort. Das erfordert den Umbau der Erzeugungs- und Verteilungsstrukturen. Das erfordert, die Marktmacht der monopolistischen Energiekonzerne aus den Kommunen zurück zu drängen.

Eine lokal gesteuerte Energieversorgung, gestützt auf dezentrale Erzeugung, kurze Netzwege und erneuerbare Energieträger bietet nicht nur ökologische, sondern auch volkswirtschaftliche Vorteile. Für die Kommunen und Endverbraucher kann sie nicht zuletzt auch wirtschaftlicher sein als die Abhängigkeit von marktbeherrschenden, weltweit operierenden, auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Großkonzernen.

Wir sind uns voll bewußt, daß die Übernahme eines weltweit operierenden Energieerzeugers und –händlers, der noch dazu weit überwiegend in der Kohleverstromung tätig ist, durch ein unternehmensrechtlich sehr kompliziertes, intransparentes Konsortium uns dieser Energiewende noch keinen Schritt näher bringt.

Wir haben erkennen müssen, dass die treibenden Kräfte des kommunalen Konsortiums mit dem STEAG-Kauf weitgehend andere Ziele verfolgen als wir. Wir sind uns deswegen auch der großen Gefahren bewußt, die uns drohen, wenn jetzt Kommunen selbst als „global players“ auf den Markt gehen.

Wir wissen aber auch, dass das öffentliche Eigentum an den Infrastrukturen der Daseinsvorsorge eine unabdingbar notwendige Voraussetzung ist, um unsere Lebensweise demokratischer, sozialer und ökologisch überlebensfähig gestalten zu können. Zwar keine

hinreichende, aber eine absolut notwendige Bedingung. Das ist kein Spleen ideologisch verbohrtter Marxisten, sondern ein Gebot der bürgerlichen Rechtsordnung, die jede Veränderung einer Sache ins Ermessen ihres Eigentümers stellt. Daher drängt sich, ob wir wollen oder nicht, die Eigentumsfrage in den Vordergrund.

Und wir LINKEN sind überzeugt, dass die engagierten Menschen, die eine ökologisch-demokratisch-soziale Energiewende herbeiführen wollen, weiter an Boden gewinnen werden und dass sie das kommunale Eigentum in diesem Sinne nutzen werden. Jedenfalls bietet die Übernahme der STEAG in kommunales Eigentum hierfür bessere Voraussetzungen, als wenn dieser Konzern weiter in Privathänden verbleibt – es hängt von den Menschen ab, was sie aus dem öffentlichen Eigentum machen.

In diesem Sinn halten wir die Chancen der Veränderung, die der STEAG-Kauf eröffnet, für größer als die damit verbundenen Risiken.

Ich danke fürs Zuhören.